

# Die Hauptpunkte der Keynes'schen Lehre

## Versuch einer kritischen Würdigung

Von

E d u a r d M ä r z - W i e n

1936, das Erscheinungsjahr der *General Theory of Employment, Interest and Money*<sup>1</sup>, wird gewöhnlich als der Beginn der Keynesschen „Revolution“ bezeichnet. Seither hat auch die Keynessche Revolution jene Phasen durchlaufen, die so oft für große geistige Neuerungen charakteristisch sind. Aus dem Hauptstamm der Lehre haben sich viele Haupt- und Nebenzweige entwickelt, und manche dieser Fortbildungen haben Früchte getragen, die nur die geringste organische Verwandtschaft mit der ursprünglichen Wurzel haben. Aber wir wollen an dieser Stelle vor allem auf die Lehre John Maynard Keynes' selbst eingehen und der Leistungen seiner Schüler nur insofern gerecht werden, als sie offensichtliche Lücken oder Defekte des von Keynes geschaffenen theoretischen Systems beheben wollen. Wir beginnen mit einer kurzen Übersicht der in der *General Theory* enthaltenen Gedanken.

Unter dem Eindruck der lang anhaltenden Krise, die insbesondere in England eine Periode verhältnismäßig gedrückten Geschäftsganges abgelöst hatte, begann Keynes mit einer systematischen Kritik an den Grundlagen der klassischen Lehre der Nationalökonomie. Keynes versteht unter den „Klassikern“ nicht bloß die Begründer der modernen Ökonomie, wie Smith, Ricardo und John Stuart Mill, sondern auch ihre neuzeitlichen Epigonen, wie Marshall, Walras, Pigou und Wiksell. Es gibt Anzeichen dafür, daß Keynes bereits in seiner *Treatise on Money*, die 1931 erschien, für manche seiner ketzerischen Behauptungen den Boden vorbereitete. Aber erst die *General Theory* enthält ein volles Bekenntnis seiner Apostasie.

Man könnte vielleicht, wie dies bereits mehrfach geschehen ist, Keynes' Kritik an der klassischen Lehre mit seiner Abkehr von

---

<sup>1</sup> Wir beziehen uns in dieser Arbeit auf die in New York (Harcourt, Brace & Comp.) erschienene Ausgabe.

J. B. Says berühmten Gesetz von den Märkten gleichsetzen<sup>2</sup>. J. B. Says These, daß die Produktion gleichsam zwangsläufig ihre eigene Nachfrage hervorriefe, ist natürlich auch vor Keynes wiederholt in der nationalökonomischen Literatur angegriffen worden. Marx und seine Schüler auf der einen Seite und die modernen Konjunkturtheoretiker auf der anderen Seite haben Theorien entwickelt, die das Postulat von der Identität von Produktion und Konsumtion negieren.

Aber dies waren sozusagen Nebenströme des zünftigen ökonomischen Denkens, die auf die Richtung des Hauptstroms wenig Einfluß hatten. Systeme von der Art eines Marshall, eines Menger oder eines Wiksell waren im statischen Gleichgewicht gedacht und setzten einen Stand der Vollbeschäftigung und — unter der Annahme einer bestimmten Produktivität — eine gewisse Höhe des Volkseinkommens voraus. Von der Annahme eines statischen Gleichgewichts ausgehend, mußte man Veränderungen im Sozialprodukt Faktoren zuschreiben, die nur über längere Zeiträume hinweg wirksam sein konnten, wie Bevölkerungsbewegung, Entwicklung der Produktivität und Änderungen im Kapitalstock.

Wer nun, wie es Keynes getan hat, die Gültigkeit des Gesetzes von den Märkten verneint, kann den Stand der Beschäftigung und die Höhe des Sozialprodukts nicht als ein „Datum“ betrachten, d. h. als Größen, die als bekannt vorausgesetzt werden dürfen; er muß, ganz im Gegenteil, beide Begriffe als variabel ansehen, und dies selbst für relativ kurze Zeitspannen, in denen sich nichts an der Bevölkerung, an der Produktivität und an dem Kapitalstock zu ändern braucht. Es ist klar, daß eine solche Auffassung von der Ricardoschen Problematik wegführen muß, die in der Preisbildung und in der Verteilung des Sozialprodukts das Hauptproblem der Nationalökonomie sieht, und daß sie Probleme in den Vordergrund stellen muß, die sich auf die Größe und die Schwankungen des Sozialproduktes beziehen<sup>3</sup>.

In der General Theory hat Keynes versucht, jene Kräfte bloßzulegen, die die jeweilige Höhe des Nationaleinkommens maßgeblich beeinflussen. Aber er hat diese Aufgabe im Geiste des Revisionisten und nicht des revolutionären Erneuerers getan. Die Absage Keynes an J. B. Say darf daher nicht, wie es manchmal geschehen ist, als eine Absage an die klassische Nationalökonomie als solche gewertet werden. Genau so wie alle früheren Werke Keynes' ist auch die General

<sup>2</sup> So schreibt z. B. P. M. Sweezy: „Die Quintessenz der Keynesschen Lehre kann einfach als rückhaltlose Ablehnung des Sayschen Gesetzes von den Märkten aufgefaßt werden.“ Vgl. P. M. Sweezy, „Keynes, the Economist“, *The New Economics*, herausgegeben von Seymour E. Harris, New York 1947.

<sup>3</sup> Vgl. J. M. Keynes, op. cit., S. 4—5.

Theory in der Anlage, in der Methodologie und vor allem in der philosophischen Grundeinstellung ein typisches Produkt der Marshall'schen Werkstätte.

Welche sind nun die Kräfte, die Keynes zufolge auf die Höhe des Nationaleinkommens bestimmend einwirken? Keynes weist hier auf drei funktionale Beziehungen hin, die er für psychologische Grundphänomene hält. Er verwendet hierbei eine Nomenklatur, die sich heute großer Popularität in der wirtschaftstheoretischen Literatur erfreut.

Vielleicht die wichtigste dieser funktionalen Beziehungen ist die sogenannte Konsumneigung (*Propensity to Consume*). Keynes behauptet, daß steigendes Einkommen mit steigendem Konsum Hand in Hand geht, wobei freilich der letztere nicht in dem gleichen Ausmaß ansteigt wie die Einkommensvariable. (Umgekehrt fällt auch der Konsum in Zeiten sinkenden Einkommens nicht in dem gleichen Ausmaß wie die Einkommensvariable.) Man könnte dies auch so ausdrücken, daß man eine Korrelation zwischen Einkommen und Sparkapital statuiert in dem Sinne, daß bei steigendem Einkommen ein prozentmäßig stets wachsender Einkommensteil als Sparkapital der Konsumsphäre entzogen wird<sup>4</sup>.

Dem Gedanken, daß sich das Grenzeinkommen in einem bestimmten statistisch erfaßbaren Verhältnis zwischen Konsum und Sparkapital aufteilt, hat Keynes in Anlehnung an seinen Schüler Kahn die Fassung des sogenannten Multiplikators gegeben. Der Multiplikator, auf den wir später zurückkommen werden, stellt — in der Keynesschen Fassung — eine mathematische Beziehung her zwischen Investitionsaufwand auf der einen Seite und Einkommenszuwachs (oder Einkommensabnahme) auf der anderen Seite. Aber nur unter der Annahme von brachliegenden Produktionskräften kann ein Investitionsaufwand zu einem Zuwachs am Realeinkommen führen. Ist einmal ein Stand der Vollbeschäftigung erreicht, dann wirkt sich ein zusätzlicher Investitionsaufwand bloß in Form von inflatorischen Preissteigerungen

<sup>4</sup> Hansen bestreitet, daß die Keynessche Konsumneigung in der obigen Form formuliert werden dürfte. Er meint, daß man den Keynesschen Intentionen genüge tut, wenn man das Verhältnis von Einkommen und Konsum so definiert, daß der Konsum *pari passu* mit dem Einkommen wachse, denn auch bei dieser Annahme müßte sich der absolute Abstand zwischen Konsum und Einkommen vergrößern in dem Maße, als das Einkommen ansteige (siehe Alvin H. Hansen, *A Guide to Keynes*, New York 1953, S. 75). Es ist nicht leicht zu sagen, welche die wahren Intentionen Keynes waren, da dessen Argumentation nicht immer widerspruchsfrei ist, aber wir glauben, daß Williams der Keynesschen Intention näher kommt, wenn er schreibt, „daß der Konsum in dem Maße, als die Gesellschaft reicher wird, einen geringer werdenden Prozentteil des Einkommens ausmacht“ (siehe John H. Williams: „An Appraisal of Keynesian Economics“, *American Economic Review*, May 1948, S. 282).

aus. Das Konzept des Multiplikators ist daher in einer solchen Situation nicht mehr sinnvoll anwendbar.

Der Begriff der Konsumneigung ist natürlich keineswegs neu, sondern liegt bereits dem berühmten Engel-Schwabeschen Gesetz zugrunde. Was Keynes als Neuerung geltend machen darf, ist die funktionelle, also mathematische Fassung dieses Gesetzes<sup>5</sup>. Aber, wie später noch erwähnt werden soll, ist die Engel-Schwabesche These gerade in der rigorosen Fassung, die ihr Keynes gegeben hat, anfechtbar. Denn, wie wiederholt gezeigt wurde, kann es einerseits zu erratischen Änderungen in der Konsumneigung kommen und es sprechen andererseits gewisse Anzeichen dafür, daß das langfristige Verhältnis zwischen Einkommen und Konsum ein recht stabiles ist. Von der Modifikation der Keynesschen Lehre, die sich aus dieser Beobachtung ergibt, soll weiter unten noch die Rede sein.

Eine zweite Grundfunktion des Keynesschen Systems ist die sogenannte Grenzproduktivität des Kapitals (*Marginal Efficiency of Capital*). Auch hier haben wir es keineswegs mit einem neuen Konzept zu tun. Marshall, Böhm-Bawerk, Wiksell und Irving Fisher, um nur einige der berühmtesten Namen zu nennen, haben bei der Geburt dieses Begriffes zweifellos Pate gestanden. Die Grenzproduktivität des Kapitals ist, Keynes zufolge, nichts anderes als die mit Hilfe des herrschenden Zinsfußes diskontierte Summe der zukünftigen Kapital-Netto-Erträge, die sich der Unternehmer von einem bestimmten Investitionsaufwand erhofft. Solange ein solcher Betrag nach Abzug eines normalen Zinsertrages eine positive Größe bleibt, vermag der Unternehmer den Aufwand des in Frage stehenden Leihzinses zu rechtfertigen.

Die eigentliche funktionelle Beziehung sieht Keynes in dem vorherrschenden Zinsfuß auf der einen Seite und in dem davon abhängigen Investitionsaufwand auf der anderen Seite. Man hat das Konzept der Grenzproduktivität des Kapitals sehr oft als das dynamische Element des Keynesschen Systems bezeichnet. Denn es ist klar, daß optimistische Erwartungen bezüglich der zukünftigen Gestaltung der Kapitalerträge einen belebenden Einfluß auf die gesamte Investitionstätigkeit und damit auch auf die gesamte Wirtschaft ausüben müssen. Geht man davon aus, daß Arbeitskräfte und Produktionsmittel noch nicht im vollen Umfange eingesetzt sind, so ergibt sich auf Grund einer be-

<sup>5</sup> Man könnte behaupten, daß Keynes auch insofern über das Engel-Schwabesche Konzept hinausgegangen ist, als er neben individuellen Momenten auch gewissen institutionellen Faktoren (z. B. der Bildung von Rücklagen bei der Einzelfirma) einen Einfluß auf die Konsumneigung zuschreibt. Ja, man könnte mit Williams sagen, daß die Keynessche Konsumneigung fast ausschließlich von institutionellen Faktoren bedingt ist. Siehe John H. Williams, *op. cit.*, S. 288.

stimmten Investitionsrate und eines statistisch meßbaren Multiplikators ein mathematisch erfaßbarer Zuwachs am Volkseinkommen.

Aber während Keynes der funktionalen Beziehung zwischen Einkommen und Konsum eine prägnante mathematische Fassung gibt, vermag er natürlich nichts derartiges für die Beziehung zwischen Zinsfuß und Investitionsrate zu tun. Denn der Investitionsaufwand mag wohl vom Zinsfuß nach oben begrenzt sein, aber er hängt primär von Einflüssen ab, die sich nicht ohne weiteres in ein System einfügen lassen<sup>6</sup>. Wenn man, wie es z. B. Schumpeter tut, technologischen Neuerungen eine hohe Rangordnung unter den Impulsen zuschreibt, die auf die Investitionsrate einwirken, so wird man gerade der Beziehung zwischen Zinsfuß und Investitionsrate nur geringfügige Bedeutung beimessen. Einige Schüler Keynes' sind sogar so weit gegangen, jede funktionale Beziehung zwischen Zinsfuß und Investitionsaufwand abzuleugnen<sup>7</sup>. Auch über diesen Punkt wird weiter unten noch mehr zu sagen sein.

Wir kommen nun zur dritten funktionalen Beziehung im Keynes'schen System, nämlich zur sogenannten Liquiditäts-Präferenz (Liquidity Preference). Wenn man von der Auffassung ausgeht, daß der Leihzinsfuß nur geringen Einfluß auf die Investitionsrate ausübt, so wäre es denkbar, ihn in einer Theorie der Einkommensbestimmung gänzlich außer acht zu lassen. Aber dies ist nicht der Standpunkt, den Keynes in der General Theory einnimmt. Da er sich nicht ausdrücklich gegen die klassische Auffassung wendet, die grundsätzlich einen Mangel von Investitionsmöglichkeiten ausschließt, ist er folgerichtig gezwungen, der Frage der Zinsfußgestaltung einen breiten Raum zu überlassen. Es ist vielleicht dieser Umstand, der viele dazu bewogen hat, in der General Theory vor allem einen wichtigen Beitrag zur Geldtheorie zu sehen.

Welche Kräfte, so fragt Keynes, wirken auf den Zinsfuß ein? Und er beantwortet seine Frage mit einem Hinweis auf Angebots- und Nachfrageverhältnisse. Für das Angebot des Geldes ist, Keynes zufolge, vor allem der Staat zuständig. Denn es ist letzten Endes staatliche Geldpolitik, die für die Flüssigkeit oder Knappheit des Geldmarktes verantwortlich ist. Was die Nachfrageverhältnisse anbelangt, so liegen die Dinge ein wenig komplizierter. Ein Teil der Nachfrage nach dem Gelde rührt daher, daß das Publikum einen gewissen Teil seines Ein-

<sup>6</sup> Keynes selbst spricht in einer interessanten Stelle seines Buches über den „äußerst prekären Charakter unserer Kenntnis von den Grundlagen, auf denen Mutmaßungen über den zukünftigen Ertrag basiert werden müssen“. Vgl. General Theory, S. 149.

<sup>7</sup> Eine solche Ansicht wurde gelegentlich von A. P. Lerner, Seymour Harris u. a. vertreten.

kommens teils aus Gründen der Bequemlichkeit und der Vorsicht und teils auch aus Gewohnheitsgründen in flüssiger Form aufbewahrt. Man kann hier von einer Nachfrage nach dem Gelde sprechen, die einkommensbedingt ist. Aber ein anderer Teil der Nachfrage rührt daher, daß spekulative Momente im Spiele sind. Wenn der Preis festverzinslicher Anlagepapiere ansteigt und wenn dementsprechend der prozentuelle Ertrag aus Obligationen und kurzfristigen Anleihewerten sich verringert, so mag der Zinsfuß schließlich auf ein derart tiefes Niveau fallen, daß ein namhafter Teil des Sparkapitals die flüssige Form der festen Veranlagung vorzieht.

Eine solche Entwicklung kann aus mindestens zwei Gründen eintreten: Erstens mag es zu riskant erscheinen, Obligationen zu abnormal hohen Preisen zu erwerben; und zweitens fällt der finanzielle Verlust, der aus hoher Liquidität resultiert, nicht sehr ins Gewicht, wenn der Kapitalzinsfuß auf 2 % oder auf einen noch niedrigeren Stand gesunken ist. Keynes vertritt demnach die Auffassung, daß bei einem abnormal tiefen Stand des Kapitalzinsfußes eine Erhöhung der Umlaufsmittel von einer erhöhten Hortung der Geldkapitalien begleitet sein wird, eine Erscheinung, auf welche die Bezeichnung Liquiditäts-Präferenz vorzüglich zutrifft.

Es ist klar, daß ein solches Konzept mit der althergebrachten Quantitätstheorie unvereinbar ist. Denn die letztere erwartet von einer Erhöhung der Umlaufsmittel ein Steigen des Preisniveaus unter der Annahme konstanter Umlaufgeschwindigkeit und eines unveränderten Produktionsvolumens. Keynes' Liquiditäts-Präferenz führt aber, von einem erhöhten Geldquantum ausgehend — unter bestimmten, oben angegebenen Bedingungen — zu einer Verminderung in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Das Preisniveau bleibt also selbst unter der Annahme einer Politik des „billigen Geldes“ von jeder aufwärtstreibenden Tendenz unberührt. Auch erhöhte Spartätigkeit auf seiten des großen Publikums kann unter diesen Umständen nur negative Ergebnisse zeitigen, denn sie wirkt auf der einen Seite konsumbeschränkend und damit auch einkommenbeschränkend, und sie führt auf der anderen Seite bloß zu einer Erhöhung der spekulativen Geldhorte.

Wir sind hier vielleicht zu der Wasserscheide vorgedrungen, die den Keynesschen Revisionismus von der klassischen Nationalökonomie trennt. Die Auffassung der Klassiker und ihrer Epigonen geht von dem Gedanken aus, daß der Gesamtfluß der geldlichen Nachfrage unvermindert bleibt, auch wenn es zu gelegentlichen Stauungen in den Nebenflüssen des Investitionsaufwandes und der Nachfrage nach Konsumgütern kommt. Die prägnanteste Formulierung dieses Grundsatzes

ist natürlich die von J. B. Say, derzufolge jede Produktion ihre eigene Nachfrage nach sich zieht. Welche sind nun die Regulatoren, die das Gesamtnachfrageniveau auf gleicher Höhe erhalten, auch wenn die Nachfrage nach Investitions- oder Konsumgütern fällt? Einer der wichtigsten dieser Regulatoren ist nach Wiksell der Leihzinsfuß. Wenn z. B. aus irgendwelchen Gründen die Nachfrage nach Konsumgütern fällt — was in der Terminologie von Keynes einem Fall in der Konsumneigung gleichkäme — dann müßte dies zu einer Erhöhung der Sparkapitalien führen und, in weiterer Folge, zu einer Senkung des Zinsfußes. Da es der klassischen Auffassung gemäß keine Knappheit an Investitionsmöglichkeiten geben kann, so muß die Verbilligung des Zinsfußes eine Erhöhung des Investitionsaufwandes zur Folge haben. Ein Fall in der Nachfrage nach Konsumgütern wird also durch eine automatische Erhöhung in der Nachfrage nach Investitionsgütern wettgemacht<sup>8</sup>. (Es sei hier am Rande bemerkt, daß diese Feststellung in einem auffallenden Gegensatz steht zu der im Konjunkturverlauf gleichzeitig auftretenden Schrumpfung der Nachfrage nach Konsumgütern und Produktionsmitteln.)

Aus dem oben Gesagten erhellt, daß die Keynessche Liquiditäts-Präferenz zu Ergebnissen führt, die der klassischen Auffassung diametral entgegenlaufen. Ein Fall in der Konsumneigung muß wohl von einer Erhöhung des Sparkapitals begleitet sein. Aber dies führt nicht notwendigerweise zu einer weiteren Senkung des Leihzinsfußes, insbesondere wenn der prozentuelle Ertrag aus Anlagepapieren — also der Kapitalzinsfuß — auf einen abnormal tiefen Stand gefallen ist. In einer solchen Situation wird ein Fall in der Konsumneigung, der Keynesschen Auffassung zufolge, vornehmlich zwei Ergebnisse zeitigen: Erstens werden die spekulativen Geldhorte weiter anwachsen und zweitens wird sich das Nationaleinkommen vermindern, und zwar — infolge des Multiplikatoreffekts — um ein Vielfaches des Betrages, um den sich die Nachfrage nach Konsumgütern ursprünglich verringert hatte. Man könnte mit Keynes sagen, daß bei einem abnormal tiefen Stande des Kapitalzinsfußes die Nachfrage nach liquiden Mitteln einen vollkommen elastischen Charakter annimmt. Dies erklärt auch, warum erneute staatliche Geldschöpfung bloß zu einer Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes führen muß. Denn ähnlich wie der Privatmann wird auch die Bank bei einem abnormal tiefen Stand des Kapitalzinsfußes es vorziehen, ihre Liquidität zu erhöhen, als neue Geldmittel in Anlagepapieren festzulegen.

---

<sup>8</sup> Der klassische Standpunkt läßt sich in populärer Ausdrucksweise dahin zusammenfassen, daß jede Veränderung in der Spartätigkeit in einer korrespondierenden Veränderung im Investitionsaufwand ihren Ausdruck findet.

Aber, so könnte man hier fragen, gibt es unter diesen Bedingungen einen Mechanismus, der es der Wirtschaft ermöglicht, den Tiefpunkt, auf den sie gesunken ist, zu überwinden? Im Keynes'schen System sind hierfür drei verschiedene Möglichkeiten vorgesehen: Erstens, und dies ist vielleicht die wichtigste der drei Möglichkeiten, kann es zu technischen Neuerungen kommen, die einen günstigen Einfluß auf die Grenzproduktivität des Kapitals haben. In diesem Falle wird sich der Kapitalzinsfuß erhöhen und die liquiden Reserven der Banken und des Publikums werden in den Zirkulationsprozeß rückströmen, oder, in vor-Keynesscher Sprache ausgedrückt, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird sich wieder erhöhen. Zweitens kann es bei hoher Liquidität zu einer autonomen Hebung in der Konsumneigung kommen. Dies ist ein Gedanke, der nicht von Keynes selbst, sondern von einigen seiner Schüler und Kritiker hervorgehoben wurde<sup>9</sup>. Es ist klar, daß eine plötzliche Steigerung des Konsums, insbesondere dann, wenn sie quantitativ ins Gewicht fällt, günstige Rückwirkungen auf die Investitionstätigkeit ausüben muß. Und drittens vermag es zu spontanen Änderungen in der Liquiditäts-Präferenz zu kommen. Wenn nämlich der Kapitalzinsfuß sehr lange Zeit auf einem tiefen Punkt beharrt, dann ist zu erwarten, daß sich die Anschauung von dem, was als abnormal tiefer Kapitalzinsfuß gelten muß, schließlich ändern wird<sup>10</sup>. Banken sowie Privatleute werden einen Kapitalzinsfuß von 2 0/0, oder vielleicht einen noch tieferen Zinsertrag, einem völligen Brachliegen ihrer Geldhorte letzten Endes vorziehen, zumal wenn sie der Meinung sind, daß eine Politik des „billigen Geldes“ der Hebung des Zinsfußes im Wege steht.

Wir haben bisher lediglich über den Zinsfuß als Regulator des Nachfragestroms gesprochen. Es ist nun nötig, auf einen zweiten Regulator einzugehen, der freilich im Keynes'schen System eine relativ untergeordnete Bedeutung besitzt. Wir haben hier den Fragekomplex im Auge, der mit der Lohnpolitik zusammenhängt. Keynes stellt sich der weit verbreiteten Auffassung entgegen, daß man von einer Reduktion der Löhne zwangsläufig eine Erhöhung des Volkseinkommens und der Beschäftigung erwarten dürfe. Er führt hier vor allem ein institutionelles Moment ins Treffen: nämlich den allgemein bekannten Umstand, daß in einer modernen Wirtschaftsordnung jede Lohnreduktion auf gewerkschaftlichen Widerstand stoßen muß. Der Lohn-

<sup>9</sup> Siehe John H. Williams, op. cit., S. 284.

<sup>10</sup> Dies erhellt den z. B. von H. D. Robertson wiederholt dargelegten Standpunkt, daß die Liquiditäts-Präferenz nicht als „Unabhängige Variable“ des Keynes'schen Systems aufgefaßt werden darf, sondern in letzter Instanz von der Grenzproduktivität des Kapitals bestimmt wird.

faktor ist „unnachgiebig“ und zwar dann, wenn man ihn nach unten hin zu korrigieren versucht, so lautet ein von Keynes oft betonter Grundsatz. Aber selbst wenn es gelingen sollte, die Lohnsätze zu reduzieren, so würde dies nach Keynes nicht viel zu bedeuten haben, denn die Reduktion der Lohnsätze müßte zu einer äquivalenten Reduktion des Preisniveaus führen. An den Reallöhnen würde sich demnach nichts ändern.

Wir müssen uns bei der letzten These Keynes nicht allzulange aufhalten, denn sie steht — wie Dunlop und andere gezeigt haben — zu den empirischen Tatsachen allzusehr im Gegensatz. Aber die „Unnachgiebigkeit der Löhne nach unten hin“ ist eine durchaus realistische Annahme und könnte unter bestimmten — allerdings recht konstruierten — Voraussetzungen für eine Erklärung einer Situation chronischer Unterbeschäftigung hinreichen. Ebenso sagt Keynes' Auffassung, daß eine Lohnreduktion im Normalfall zu einer Verminderung in der Nachfrage nach Massengütern und, in weiterer Folge, zu einem Fallen der Beschäftigung und des Einkommens führen würde, dem gesunden Menschenverstande mehr zu als die seiner Gegner. Denn es ist klar, daß eine Senkung der Löhne die Einkommensverteilung zu Ungunsten der ärmeren Volksschichten verschieben würde, was einen ungünstigen Einfluß auf die Konsumneigung haben müßte, usw.<sup>11</sup> Es mangelt uns leider der Raum, diesen Faden weiter zu verfolgen.

Wir sind nun in der Lage zu zeigen, welches der Mechanismus ist, der der Keynesschen Auffassung zufolge auf die Höhe des Volkseinkommens und den Stand der Beschäftigung bestimmend einwirkt. Das dynamische Element des Systems ist, wie wir bereits gezeigt haben, die Investitionsrate. Diese ist von äußeren Umständen abhängig, insbesondere von der Entwicklung der Technik, und entzieht sich so einer genauen Prognose. Wenn man von einem Zustande der Unterbeschäftigung ausgeht, so bewirkt eine Hebung (oder Senkung) der Investitionsrate eine vervielfachte Steigerung (oder Verminderung) des Volkseinkommens und der Beschäftigung. Dies hängt vom sogenannten Multiplikator ab, der von dem Verhältnis abgeleitet werden kann, in dem ein zusätzlicher Einkommensteil, der von der Erhöhung des Investitionsaufwandes herrührt, zwischen Konsum und Sparkapital aufgeteilt wird. Je geringer der Anteil ist, den das Sparkapital am zusätzlichen Einkommensteil hat, desto höher ist der Multiplikator und desto mehr vergrößert sich das Gesamteinkommen, und umgekehrt, je größer der prozentuale Anteil des Sparkapitals am zusätzlichen Einkommensteil, desto niedriger der Multiplikator usw.

---

<sup>11</sup> Vgl. J. M. Keynes, *op. cit.*, S. 262.

Auf welches Niveau kann nun das Volkseinkommen und die Beschäftigung steigen (oder sinken)? Dies läßt sich ohne weiteres berechnen, wenn man vom ursprünglichen Stand des Volkseinkommens ausgeht und den zusätzlichen Einkommensteil in Rechnung stellt, der sich aus der Multiplikation von Investitionsaufwand mal dem Multiplikator ergibt. Auf diesem neuen Einkommensniveau herrscht nun wieder Gleichgewicht, da der zusätzliche Investitionsaufwand (plus dem induzierten Konsum) zu zusätzlichen Ersparnissen in gleicher Höhe geführt hat. Man könnte hier fragen, woher diese zusätzlichen Ersparnisse, die dem neuen Investitionsaufwande entsprechen, herrühren? Aber hier geht es nicht unbedingt um Ersparnisse im traditionellen Sinne. Wenn z. B. der neue Investitionsaufwand vom Staate mit Hilfe inflatorischer Geldschöpfung bestritten wird, so stellt sich ein neuer Gleichgewichtszustand ein, wenn den neu-geschaffenen Investitionsgütern ein äquivalenter Einkommenszuwachs in der Form von neuen Bankguthaben und/oder flüssigen Geldhorten gegenübersteht. Der neue Gleichgewichtszustand muß aber nicht, wie es die klassische Lehre postuliert hatte, mit einem Zustande der Vollbeschäftigung identifiziert werden. Der letztere ist, Keynes zufolge, bloß ein Grenzfall. Denn stabiles Gleichgewicht ist auch dann möglich, wenn die Wirtschaft noch über brachliegende Produktionskräfte verfügt, sofern sich nur eine Annäherung zwischen dem Gesamtwert der in einer bestimmten Periode produzierten Konsum- und Investitionsgüter und dem Gesamtwert der Nachfrage nach den Gütern dieser Periode einstellt.

Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß je mehr sich ein System einem Zustand der Vollbeschäftigung nähert, desto mehr es bestimmte Kräfte entfaltet, die auf die Zerstörung des Gleichgewichts hinarbeiten. Produktionsengpässe treten auf, das Angebot von Arbeitskräften bestimmter Art verknappt sich und autonome Lohn- und Preisbewegungen machen sich geltend, die Störungen des gesamten Systems zur Folge haben. Man könnte so paradoxerweise sagen, daß stabiles Gleichgewicht mit einem Zustande der Vollbeschäftigung nur in einem logischen, nicht aber in einem praktischen Sinne verträglich ist.

Wir haben bisher versucht, den Mechanismus bloßzulegen, der zu einem Zustande des stabilen Gleichgewichts bei relativer Unterbeschäftigung — oder im Grenzfall bei voller Beschäftigung — der Produktionsfaktoren führt. Aber wir dürfen hier noch nicht verweilen, wenn wir das gesamte Ausmaß der sogenannten Keynesschen Revolution verstehen wollen. Denn Keynes begnügt sich nicht damit, die Möglichkeit chronischer Unterbeschäftigung zu postulieren, sondern er betrachtet chronische Unterbeschäftigung als unvermeidlich, falls keine

staatlichen Gegenmaßnahmen getroffen werden. Keynes erblickt das Übel darin, daß in einer modernen Gesellschaft Kräfte am Werk sind, die auf die Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen hemmend einwirken. Es sind vor allem zwei Tendenzen, denen er diese fatale Wirkung zuschreibt. In dem Maße, als das Volkseinkommen zunimmt, sinkt die Konsumneigung und steigt der Anteil am Einkommen, sowohl im relativen als auch im absoluten Sinne, der dem Sparkapital zugeführt wird. Je reicher die Gesellschaft, so versichert uns Keynes, desto größer wird ihr Hang zum Sparen und desto höher steigen ihre liquiden Reserven an. Aber ein solches Ermatten der Konsumneigung müßte nicht unbedingt eine schädliche Wirkung auf Beschäftigungsstand und Volkseinkommen ausüben, wenn ein Ausfall auf der Konsumgüterseite durch einen erhöhten Investitionsaufwand wettgemacht würde.

Aber unglücklicherweise macht sich hier eine zweite Tendenz bemerkbar, die die globale Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ungünstig beeinflußt. Denn es scheint, daß eine moderne Gesellschaft nicht nur an Übersättigung leidet, sondern auch die Gabe der technischen Erneuerung und Erfindung in einem weiten Maße verloren hat. Die sogenannte Stagnationstheorie wurde wohl nicht von Keynes selbst in die Welt gesetzt, aber seltsamerweise hat ihr dieser niemals seine Sympathien versagt. Die Stagnationsthese ist aber genau genommen auf das Keynessche System unanwendbar, da dieses langfristige Entwicklungstendenzen außer acht läßt und Schwankungen im Sozialprodukt ohne Rücksicht auf technologische oder demographische Gesichtspunkte zu erklären versucht. Aber wie dem auch sein mag, die Stagnationstheorie des Professors Hansen muß als das „missing link“ der Keynesschen Lehre betrachtet werden, denn es ist im Grunde genommen die einzige plausible Erklärung für eine Tendenz der chronischen Unterbeschäftigung, die von der Keynesschen Schule jemals vorgebracht worden ist.

Aber weder die Theorie von der Ermattung der Konsumneigung noch die Annahme, daß einer modernen Gesellschaft sozusagen die Erfindungsgabe abhanden kommt, haben ungeteilte Aufnahme unter zünftigen Nationalökonomen gefunden. Was die Konsumneigung anbelangt, so haben zwei amerikanische Statistiker die folgenden Beobachtungen gemacht, die der Keynesschen These zu widersprechen scheinen: Erstens ist die Konsumneigung des amerikanischen Volkes über lange Zeiträume im ganzen und großen unverändert geblieben und zweitens sprechen gewisse Anzeichen dafür, daß eine leichte säku-

lare Verschiebung nach oben stattfindet<sup>12</sup>.

Man möchte hinzufügen, daß jedenfalls kein „Ermatten“ der Konsumneigung bei jenen großen Massen festzustellen ist, deren Einkommensverhältnisse dem Ansammeln von Sparkapitalien im Wege stehen. Andererseits können die hohen Einkommen aus augenfälligen Gründen nur zum geringsten Teil für konsumtive Zwecke verausgabt werden<sup>13</sup>.

Aber der Hinweis auf die säkulare Stabilität der Konsumneigung täte dem Keynesschen System nicht unbedingt Abbruch, wenn es möglich wäre, die Stagnationstheorie zu verifizieren. Professor Hansen hat die Tendenz zur Stagnation nicht bloß auf das allmähliche Versiegen von umstürzlerischen technologischen Ideengängen zurückgeführt, sondern auch auf den Rückgang der Geburtenrate und auf das Ende der amerikanischen Kolonisation. Die letztere Erscheinung ist auf Amerika beschränkt und kann daher an dieser Stelle außer acht gelassen werden. Was den Rückgang der Geburtenrate anbelangt, so mag zugestanden werden, daß eine solche Tendenz fast in allen westlichen Ländern in den letzten hundert Jahren aufgetreten ist. Aber es muß hier hinzugefügt werden, daß die Terborghsche These unwidersprochen geblieben ist, derzufolge eine alternde Bevölkerung einen wachsenden Prozentteil an Konsumenten stellt, die keinerlei produktive Beiträge leisten. Ein etwaiger Ausfall an Investition mag daher durch eine Erhöhung der Konsumneigung wettgemacht werden<sup>14</sup>.

Was verbleibt, ist so die Behauptung, daß wirklich umstürzlerische technologische Neuerungen in der modernen Wirtschaftsordnung immer seltener auftreten. Die Begründung der modernen Schwerindustrie, die Entwicklung des Eisenbahnwesens, die Etablierung der Elektro- und Automobilindustrien wären einzigartige technische Schöpfungen gewesen, die den Anstoß für eine gewaltige Aufstiegsperiode des modernen Kapitalismus abgegeben hätten. Dürfen Impulse

<sup>12</sup> Vgl. S. Kuznets, *Studies in Economics and Industrial Relations*, Philadelphia 1941, S. 53—78. Ferner L. J. Paradiso, „Classification of Consumer Expenditures by Income Elasticity“, *Survey of Current Business*, Washington, Januar 1945.

<sup>13</sup> Bekanntlich sieht die Marxsche Schule die letzte Ursache des Unterbeschäftigungsphänomens in der einer Profitwirtschaft immanenten Tendenz der Beschränkung des Massenkonsums. Keynes scheint manchmal dieser Ansicht — wenn auch unbewußt — beizupflichten, wenn er gelegentlich die Hebung der Konsumneigung von einer Neuverteilung des Nationaleinkommens abhängig macht. — Er übersieht freilich nicht die politischen Schranken, die einem solchen Experiment im Wege stünden.

<sup>14</sup> Hinweise auf die Stagnationstheorie finden sich in den meisten Büchern Alvin H. Hansens. Siehe z. B. *Fiscal Policy and Business Cycles*; ferner *Business Cycles and National Income*, usw. Eine interessante Entgegnung findet sich in Terborgh, *The Bogey of Economic Maturity*.

ähnlicher Art für den weiteren Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts noch erwartet werden? Und wenn die Antwort auf diese Frage negativ ausfällt, muß nicht angenommen werden, daß das der Gesellschaft zur Verfügung stehende Sparkapital in immer größerem Ausmaße unausgewertet bleiben wird?

Keynes hat in diesem Zusammenhang empfohlen, daß der Staat mit Hilfe einer Politik des „billigen Geldes“ den Leihzinsfuß auf einem niedrigen Stand halte, um selbst schwachen Investitionsimpulsen eine Wirkungssphäre zu geben. Aber, wie wir bereits oben erwähnt haben, betrachten manche seiner Schüler eine solche Politik mit unverhohlenem Skeptizismus. Der Anteil des Zinses an den Gesamtkosten eines Investitionsprojektes wird allgemein als bescheiden betrachtet. Selbst eine beträchtliche Verbilligung des Zinsfußes dürfte sich daher kaum als ein kräftiger Ansporn für die Wiederaufnahme der Investitionstätigkeit auswirken. Nur eine großzügige öffentliche Investitionspolitik vermöge Beschäftigung und Volkseinkommen in einem solchen Maße zu heben, daß der private Unternehmer in einer Atmosphäre gesteigerter wirtschaftlicher Aktivität den Mut zu verstärkter privater Investitionstätigkeit wiederfinden könnte.

Man erkennt, daß die Stagnationstheorie logischerweise auf die Sanktionierung der staatlichen Intervention zum Wohle einer Wirtschaft hinausläuft, die die Kraft auf Selbsterneuerung verloren hat. Wer der traditionellen Wirtschaftsordnung einen Mechanismus abspricht, der gleichsam automatisch für die volle Inanspruchnahme aller produktiven Faktoren sorgt, gelangt folgerichtig zur Ablehnung des Laissez-Faire-Standpunktes.

Wir sind am Ende unserer Reise angelangt. Unsere Analyse der Keynesschen Lehre hat — richtiger oder fälschlicherweise — ergeben, daß die These von der chronischen Unterbeschäftigung nur dann verteidigt werden kann, wenn man die Position Keynes' mit der schweren Artillerie der Hansenschen Stagnationstheorie verstärkt. Ob die langanhaltende Depression der 30er Jahre mit einem Hinweis auf das Fehlen von umstürzlerischen technologischen Neuerungen hinreichend erklärt werden kann, ist eine Frage, die hier offen gelassen werden muß.